

Abwasserentsorgung

Vernünftige Wege für den ländlichen, damit die Menschen nicht überfordert werden

Auf Antrag der CDU-Fraktion hatte sich der Thüringer Landtag in einer Aktuellen Stunde am 9. September mit der Abwasserpolitik im Freistaat befasst. Die CDU hatte die Überschrift „Augenmaß statt ‚Zwang‘ bei der Abwasserentsorgung“ gewählt. Für die Linksfraktion sprach in der Debatte Umweltpolitiker Tilo Kummer.

Der LINKE-Abgeordnete erinnerte an die vergangenen Jahre und verwies auf eine „Ministerialbürokratie, die eben nicht den ländlichen Raum im Blick hatte, die das Solidarprinzip im Bereich der Abwasserentsorgung seit 2009 nicht mehr vorgesehen hat und die dazu führte, dass wir im Moment mit Bescheiden leben müssen, die eben nicht auf grünes Regierungshandeln zurückgehen“. Die CDU habe „im Wassergesetz das Solidarprinzip ausgehebelt, als festgelegt wurde, dass Zweckverbände sagen können, welcher Bürger ihnen zu teuer ist, um in Zukunft vom Zweckverband weiter entsorgt zu werden“.

Nach den damaligen Festlegungen bekommen Bürger nun Bescheide der unteren Wasserbehörden müssen Kläranlagen bauen. Das habe auch nichts mit dem Regierungswechsel zu tun, sagte Tilo Kummer. Allerdings müsse das Wassergesetz schnellstens novelliert werden, „damit nicht alle einen Bescheid haben, bevor wir dann endlich das Solidarprinzip wieder einführen“. Der städtische Raum in Thüringen mit einer hohen Einwohnerdichte und relativ geringen Kosten beim

Anschluss pro Einwohner sei mit über 60 Prozent in der Abwasserentsorgung gefördert worden. Im ländlichen Raum mit einer viel geringeren Bevölkerungsdichte sei der Anschluss an die Abwasserentsorgung pro Einwohner wesentlich teurer.

Zudem seien die Fördermittel seit 2009 massiv zurückgefahren worden – und „man kam auf diesen schlimmen Gedanken, dass die Leute ihre Probleme selber klären sollen, was zur Folge hat, dass die Bürger eigentlich die Abwasserentsorgung schon bezahlt haben. Die bezahlen nämlich seit 25 Jahren Abwasserabgabe und diese Abwasserabgabe dürfen Zweckverbände verrechnen, aber nicht der Bürger, der aus dem Verbandsgebiet ausgeschlossen wird“.

Da interessiert überhaupt nicht, wie der Gewässerzustand ist

Das Allerschlimmste, so der Abgeordnete weiter, sei, „wenn dann Leute, die 80 sind, plötzlich eine Ausbildung zum Kläranlagenwärter machen müssen und mit den Fragen völlig überfordert sind“. Die EU wolle die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, d.h. den guten Zustand der Gewässer. „Das Wasserhaushaltsgesetz des Bundes, übrigens auch in CDU-Verantwortung mit geändert, macht was anderes daraus. Jeder Bürger hat sein Abwasser nach dem Stand der Technik aufzubereiten. Da interessiert überhaupt nicht, wie der Zustand des Gewässers ist. Dieser Logik folgen jetzt die Bescheide der unteren Wasserbehörden. Die

schicken nämlich für jeden, der aus dem Verbandsgebiet des Wasser-Abwasser-Verbands ausgeschlossen wird, den Bescheid raus, dass er innerhalb eines Jahres oder von zwei Jahren seine Abwasseranlage zu errichten hat und da interessiert die untere Wasserbehörde auch der Gewässerzustand nicht“, kritisierte Tilo Kummer und schlug vor, dass die Wasserbehörde eine Priorisierung vornehmen, „damit dort, wo das kommunale Abwasser wirklich noch ein Grund dafür ist, dass der Gewässerzustand nicht gut ist, zuerst die Maßnahme stattfindet“. Und dort könnte auch ein höherer Fördersatz gewährt werden. Wo die Gewässer in Ordnung seien, sollte mehr Zeit eingeräumt werden.

2011 habe es viele Gespräche auch fraktionsübergreifend gegeben und er sei dankbar, betonte der Abgeordnete, „dass wir die Phosphatfällung für vollbiologische Kleinkläranlagen damals vom Tisch gekriegt haben, aber Fakt ist eines: Es war gegenüber der Ministerialbürokratie ein zahnloser Tiger“.

Im Umweltausschuss des Landtages seien sie damals verhöhnt worden. „Wollen wir doch mal ehrlich sein. Es ist eine Änderung des Wassergesetzes in dem Sinne nicht hingbracht worden und es wird allerhöchste Zeit, dass wir es angehen“, appellierte Tilo Kummer. Notwendig seien „vernünftige Wege für den ländlichen Raum, damit die Menschen von der Abwasserentsorgung nicht überfordert werden, dem Umweltgedanken aber gleichzeitig Rechnung getragen wird“.

Nebenbei NOTIERT

von **Stefan Wogawa**

r2g ist stabil

Vor gut einem Jahr, am 14. September 2014, wurde der Landtag neu gewählt. Im Ergebnis hat sich das Land verändert. Eine Dreierkoalition (r2g) hat die CDU, die seit 1990 regierte und sich zunehmend als Staatspartei zelebrierte, endlich in die Opposition geschickt – unter bundesweiter Aufmerksamkeit. Erstmals kam eine Landesregierung unter Führung der LINKEN ins Amt.

Die Koalition bleibt, das zeigen aktuelle Umfragen, stabil. Ministerpräsident Bodo Ramelow verfügt über eine hohe (und ansteigende) Popularität, 58 Prozent der Wähler sind zufrieden mit seiner Arbeit (auch 51 Prozent der CDU-Anhänger). Die Koalition agiert auf Augenhöhe, inhaltliche Differenzen – die bei drei Partnern nicht ausbleiben – werden konstruktiv debattiert, im Vordergrund steht die gemeinsame Suche nach Lösungen.

Die CDU tut sich in der Opposition schwer. Thematische Schwerpunkte folgen populistischem Kalkül. Wenig glaubwürdig sind Versuche, sich bei Themen, die sie über Jahre ausgesessen hat, an die Spitze der Bewegung zu setzen. Durch Partei und Fraktion geht ein Riss, der nur als brüchiger Burgfrieden gekittet ist.

Die AfD hat alle Befürchtungen bestätigt. Sie pendelt zwischen Chaos – ein Abgeordneter wurde inzwischen ausgeschlossen, zwei sind ausgetreten, bei drei Abgeordneten hat das verantwortliche Landtagsgremium die parlamentarische Immunität aufgehoben, um staatsanwaltliche Ermittlungen (in zwei Fällen wegen Betrugsvorwürfen) zu ermöglichen – und Demagogie, oszilliert zwischen ideologischer Verbohrtheit und Hass. Selbst die CDU, in der man Ende 2014 noch mit einem Bündnis liebäugelte, hat das wohl erkannt: in der Plenarsitzung vom 9. bis 11. September erhielt die AfD keine einzige Stimme aus anderen Fraktionen für ihre Anträge.

Sachbuch: Kommunale Gestaltungsräume gewinnen

Trotz vieler politischer und rechtlicher Beschränkungen durch die EU-, Bundes- und Landesebene besteht kommunale Haushaltspolitik keineswegs nur in der Verwaltung der Finanzen, so betont der VSA Verlag Hamburg bei der Vorstellung seines neuen Buches zur kommunalen Haushalts- und Finanzpolitik. Autor Frank Kuschel, Kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und langjährig Mitglied in Kommunalparlamenten (derzeit Kreistag Ilmkreis und Stadtrat Arnstadt), weist denn auch bereits in seinem Vorwort ausdrücklich auf „deutlich wahrnehmbare Gestaltungsspielräume“ hin.

Kuschel erläutert zunächst die Rolle der Kommunen im föderalen System und die Bedeutung der Kommunalfinanzien. Dabei macht er Schluss mit Illusionen: „Bund, Länder und Gemeinden



kern und an Kommunalpolitik Interessierten empfohlen. Es gibt derzeit keine vergleichbare Einführung in die Haushalts- und Finanzpolitik in den Kommunen. (sw)

Frank Kuschel: Haushalten mit links?! Emanzipative Haushalts- und Finanzpolitik in der Kommune (Crashkurs Kommune 11), VSA Verlag Hamburg 2015, 112 Seiten, EUR 7.50, ISBN 978-3-89965-636-7

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.

vertreten in der bundesstaatlichen Finanzverfassung nachvollziehbar eigene Interessen.“ Die Folge seien „Blockadentendenzen der einzelnen föderalen Ebenen“. Von diesem realistischen Ansatz ausgehend verweist er auf kommunale Gestaltungsoptionen bei den Finanzierungsquellen.

Kuschel gibt praktische Tipps zum Lesen kommunaler Haushalte und macht auf die Ansätze zum Neuen kommunalen Finanzmanagement (Doppik) aufmerksam. Die Frage, ob Haushalte überhaupt aus linker Sicht gestaltbar seien, beantwortet er mit ei-

nem Ja – „und dies auch noch bei meist leeren Kassen“. Ziele seines als „emanzipative Politik“ bezeichneten Konzepts sind Prioritätensetzungen und damit auch die Erlangung von Handlungsspielräumen. Hinsichtlich der Verschuldungsdiskussion plädiert er für eine „Versachlichung“.

Frank Kuschel gelingt es, ein schwieriges Thema verständlich und anregend darzustellen. Ein Glossar rundet sein Sachbuch, das in Kooperation mit der Kommunalakademie der Rosa-Luxemburg-Stiftung entstanden ist, ab. Die Lektüre sei allen Kommunalpoliti-